

„Gastarbeiter hatten wir gerufen, gekommen sind aber Menschen.“ Historische Netzwerkanalyse zum medialen Diskurs über „Gastarbeiter*innen“ in österreichischen Tageszeitungen 1973

Konrad Pölzl

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Patrick Kupper Büchel und Maria Buck, M.A.

eingereicht im: SoSe 2019

Rubrik: Seminar-Arbeit

Abstract

“We called for *Gastarbeiter*, but human beings arrived.” Historical network analysis on the media discourse on *Gastarbeiter* in Austrian newspapers 1973

The following seminar paper analyses the media discourses about so-called *Gastarbeiter* in Austrian newspapers in 1973. As a methodological basis, the historical network analysis is applied, whereby all relevant newspaper articles of the “*Presse*”, “*Kurier*” and “*Arbeiter-Zeitung*” will be examined and evaluated. The conclusion that emerges from the analysis is that, starting in September 1973, a media discourse developed in which the whereabouts and reduction of *Gastarbeiter* were discussed and *Gastarbeiter* became a political issue for the first time. However, the focus was never on the *Gastarbeiter* as people and individuals, with problems, fears and a self-determined future, but only on economic and social advantages or disadvantages for “Austrians”.

1. Einleitung

„Kolaric hat seine Arbeit getan, Kolaric kann gehen!“¹ fasste im Oktober 1973 die Journalistin Heide Grömansperg die Politik der FPÖ bezüglich der „Gastarbeiter*innen“ zusam-

¹ *Kurier*, 18.8.1973.

men. Die Aussage spiegelt nicht nur den Rassismus, alle nichtnationalisierten Arbeitskräfte mit dem gängigen jugoslawischen Namen Kolaric zu bezeichnen, sondern auch die Forderung vieler Akteur*innen, wie vom ÖGB, von der FPÖ, der SPÖ oder von Bundeskanzler Bruno Kreisky wider, die Anzahl der „Gastarbeiter*innen“ in Österreich stark reduzieren zu müssen. Zwar hatte Österreich seit den 1960er-Jahren diese Arbeiter*innen zu sich geholt und damit wirtschaftliche Erfolge erzielt, doch mit dem Jahr 1973 und dem Höchststand von 248.000 „ausländischen“ Beschäftigten wurden Stimmen nach deren Reduktion bzw. Rückkehr immer lauter. Dies führte dazu, dass 1973 erstmals eine breit geführte Debatte in den österreichischen Medien über „Gastarbeiter*innen“ stattfand und das Thema Eingang in die Öffentlichkeit und Politik fand.

Die vorliegende Arbeit untersucht den medialen Diskurs über „Gastarbeiter*innen“ des Jahres 1973 mit Hilfe einer historischen Netzwerkanalyse. Im Detail werden drei auflagenstarke Tageszeitungen aus Österreich analysiert: „Kurier“, „Presse“ und „Arbeiter-Zeitung“. Dabei wurden alle 199 Artikel, die im Jahr 1973 in diesen Printmedien erschienen und sich mit dem Thema „Gastarbeiter*innen“ beschäftigten, in die Analyse aufgenommen und ausgewertet.² Die zugrunde liegenden Fragestellungen lauten dabei: Wie sah die Debatte über „Gastarbeiter*innen“ in den untersuchten Zeitungen aus und wie positionierten sich in den Artikeln verschiedene Akteur*innen zum Thema?

Die aus der Analyse abgeleitete These lautet, dass ab September 1973 im Rahmen des Wahlkampfs zur Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl ein medialer Diskurs entstand, in dem der Verbleib bzw. die Reduktion der Anzahl an „Gastarbeiter*innen“ diskutiert und „Gastarbeiter*innen“ erstmals zum Politikum wurden. Viele politische Akteur*innen wechselten im Zuge dessen mehrfach ihre Position in Bezug auf die nichtnationalisierten Arbeitskräfte und sprachen sich sowohl für als auch gegen deren Beschäftigung aus.

Ein zentrales Werk über „Gastarbeiter*innen“ in Österreich ist Helga Matuscheks Beitrag im *Journal für Sozialforschung* („Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft“³). Dieser 1985 erschienene Artikel bietet nach wie vor eine ausführliche und genaue Zusammenfassung der Beschäftigung von „Gastarbeiter*innen“ in Österreich. Eine sehr umfangreiche Monografie zu nichtnationalisierten Arbeitskräften und „Fremdenpolitik“ lieferte 2016 Lisa Grösel mit „Fremde von Staats wegen. 50 Jahre ‚Fremdenpolitik‘ in Österreich“.⁴ Des Weiteren erschien 2017 der Sammelband „Migration in Austria“ von Günther Bischof und Dirk Rupnow, in dem das Thema „Gastarbeiter*innen“ intensiv behandelt wird.⁵

2 Das Quellenkorpus wurden im Rahmen einer Tätigkeit als studentischer Mitarbeiter bei Prof. Dirk Rupnow am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck vom Autor zusammengestellt und digitalisiert. „Die Presse“ und der „Kurier“ konnten in der Österreichischen Nationalbibliothek eingesehen werden, die „Arbeiter-Zeitung“ online unter <http://www.arbeiter-zeitung.at/> (eingesehen 9.11.2019).

3 Helga Matuschek, *Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft*, in: *Journal für Sozialforschung* 25 (1985), Heft 2, S. 159–198.

4 Lisa Grösel, *Fremde von Staats wegen. 50 Jahre ‚Fremdenpolitik‘ in Österreich*, Wien 2016.

5 Günther Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), *Migration in Austria* (Contemporary Austrian Studies 26), New Orleans-Innsbruck 2017.

1.1 Zur Problematik des Begriffes

Trotz der alltagssprachlichen Verwendung des Begriffes „Gastarbeiter“, der auch häufig in wissenschaftliche Publikationen Eingang fand, darf der Terminus nicht unreflektiert verwendet werden. Vielmehr müssen Ausdrücke wie „Gastarbeiter“ und „Fremdarbeiter“ kritisch hinterfragt und gleichzeitig Termini gesucht werden, die durch deren historischen Gebrauch nicht negativ konnotiert sind.

Der Begriff „Gastarbeiter“ definiert Arbeiterinnen und Arbeiter, die aus ihren „Ursprungsländern“ migrierten, um in „Gastländern“ besser bezahlte Arbeit zu finden. Der Terminus selbst fand ab den 1960er-Jahren immer häufigere Verwendung und etablierte sich als gängige Bezeichnung für jene angeworbenen Arbeiter*innen. Zuvor war vor allem der aus der NS-Zeit übernommene Ausdruck „Fremdarbeiter“ gängig, der jedoch im Zuge einer öffentlichen Debatte ersetzt wurde. Unter anderem berichtete die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ 1961, dass die Einführung des Begriffes „Gastarbeiter“ eine deutliche Verbesserung gegenüber der „vorbelasteten und irreführenden Bezeichnung ‚Fremdarbeiter‘“⁶ darstellen würde. Was in der geführten Debatte über die Begrifflichkeit jedoch keine Berücksichtigung erfuhr, war die irreführende Verwendung des Terminus „Gastarbeiter“ selbst.

Zunächst täuscht die Begriffsverwendung eine homogene männliche Gruppe vor, die als Arbeiter in die „Gastländer“ kamen. Der Frauenanteil unter den „Gastarbeitern“ lag jedoch bei über 30 Prozent.⁷ Daher muss auf jeden Fall der genderneutrale Begriff „Gastarbeiter*innen“ verwendet werden. Doch auch in anderer Hinsicht erweist sich der Terminus als problematisch: Unter anderem kritisiert Wolfgang Kos, dass mit dem Ausdruck „Gastarbeiter“ „einst ja kaschiert worden ist, dass die beschäftigten ArbeiterInnen als ökonomische Verschubmasse bei Nachlassen der Konjunktur jederzeit wieder retourniert werden sollten“.⁸ Elisabetta Mazza stört sich des Weiteren an dem Wortteil „Gast“, dass „die Vorstellung eines Provisoriums weckt, das nicht der Lage vieler Menschen entspricht, die in Deutschland eine Existenzgrundlage gefunden haben und nicht mehr an eine Rückkehr denken (wollen oder können)“.⁹

Auch andere Termini unterliegen dem Problem der negativen Konnotation. Zum Beispiel setzt der Begriff „ausländische Arbeiter*innen“ den Akzent auf die Arbeit als Bedingung für die Anwesenheit von Nicht-Inländer*innen und verweist auf die vorstellungsweltlichen „Nichtdazugehörigen“, die als „fremd“ und „ausländisch“ konnotiert werden.¹⁰ Eine seit den 1970er-Jahren ebenfalls gängige Bezeichnung für jene Arbeitskräfte in Österreich war der Name „Kolaric“. Unter anderem war der als typisch

6 Elisabetta Mazza, Ein Ausländer ist ein Ausländer ist ein Ausländer oder Die sprachlichen (Fehl-)Schritte in Richtung Interkulturalität. Deutsche Bezeichnungen für Nicht-Inländer, in: *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* 2 (1998), Heft 3, S. 4, [<https://tujournals.ulb.tu-darmstadt.de/index.php/zif/article/view/707/684>], eingesehen 9.7.2019.

7 Matuschek, *Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985*, S. 175.

8 Wolfgang Kos, Winken zum Abschied. Winken zum Aufbruch, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hrsg.), *Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration (Sonderausstellung des Wien Museum)*, Wien 2004, S. 12–16, hier S. 8.

9 Mazza, *Ein Ausländer ist ein Ausländer*, S. 6.

10 Grösel, *Fremde von Staats wegen*, S. 67.

jugoslawisch geltende Name für eine Plakatkampagne verwendet worden, die 1973 von der „Aktion Mensch“ der Werbewirtschaft initiiert wurde. Das Plakat „I haaß Kolaric“ sollte gegen Fremdenfeindlichkeit werben und machte „Kolaric“ gleichzeitig zu einem Synonym für männliche „Gastarbeiter“, das auch in den Zeitungen Verwendung fand.¹¹ Einen neu gewonnenen Terminus wählte hingegen eine Sonderausstellung des Museums Wien, die die slawische Version als Eigenbegriff verwendet: „Gastarbajteri“. Dieser entstand in Jugoslawien, da ein Begriff für die neue Form der organisierten Arbeitsmigration fehlte.¹² Eine weitere Bezeichnungsmöglichkeit bietet Lisa Grösel an: Sie verwendet vor allem die Begriffe „Arbeiter*innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft“ und „nichtnationalisierte“ Arbeitskräfte.¹³ In der folgenden Arbeit werden verschiedene der vorgestellten Termini Verwendung finden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf deren genderneutralen Gebrauch gelegt und es werden problematische Begriffe durch Anführungszeichen markiert.

2. Gastarbeiter*innen in Österreich

Initialisiert durch das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit, die Vollbeschäftigung und den daraus resultierenden Arbeitskräftemangel bemühte sich Österreich ab den 1960er-Jahren intensiv um „ausländische“ Arbeiter*innen. Die „Reichsverordnung für ausländische Arbeitnehmer“, eine Rechtskontinuität aus der NS-Zeit, die „einheimische“ vor nichtnationalisierten Arbeitskräften schützen sollte, erschwerte jedoch eine Aufnahme von „Gastarbeiter*innen“. Anträge mussten einzeln, abgestimmt auf die „Bedürfnisse“ der Wirtschaft und nach eingeholter Beschäftigungsgenehmigung des Arbeitgebers, kompliziert zugelassen werden.¹⁴ Zudem blockierte der Österreichische Gewerkschaftsbund anfangs eine Öffnung des Arbeitsmarktes, da er ein protektionistisches Arbeitsmarkt-Modell vertrat.¹⁵ Erst durch die andauernde Vollbeschäftigung und den Druck der Wirtschaft lenkten die Gewerkschaften ein und einigten sich mit der Vertretung der Arbeitgeber*innen auf ein gemeinsames „Gastarbeiter*innen“-Modell. Im Zuge des Raab-Olah-Abkommens 1961 wurde beschlossen, ein an der Schweiz orientiertes „Ausländer“-Beschäftigungsmodell einzuführen, in dem mit branchenspezifisch pauschal festgesetzten Kontingenten bestimmt wurde, wie viele nichtnationalisierte Arbeitskräfte beschäftigt werden durften. Grundlage war ein Rotationsmodell mit befristeten Verträgen, welches vorsah, dass „Gastarbeiter*innen“ nach einem Jahr wieder in die Herkunftsländer zurückkehren mussten und ihren Lebensmittelpunkt nicht nach Österreich verlegen konnten. Ziel war es, Ansprüche auf Wohnungen, Mitspracherechte und Familiennachholung möglichst gering zu halten.¹⁶ Verhandelt wurde über das Modell rein außerparlamentarisch. Während sich der Staat bzw. die Parteien

11 U. a. in: *Kurier*, 13.1.1973.

12 Kos, Winken zum Abschied, S. 8.

13 Grösel, Fremde von Staats wegen.

14 August Gächter, Migrationspolitik in Österreich seit 1945 (Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 12), 10.10.2008, S. 5, [<https://www.zsi.at/users/153/attach/p1208vukovic.pdf>], eingesehen 25.6.2019.

15 Grösel, Fremde von Staats wegen, S. 52–54.

16 Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985, S. 163.

der Diskussion enthielten, waren es vor allem die Organe der Sozialpartnerschaft,¹⁷ die sich mit der „Ausländer“-Beschäftigung auseinandersetzten und bis in die 1990er-Jahre die gesamte Migrationspolitik des Landes maßgeblich bestimmten.¹⁸ Infolge des Abkommens wurden Verträge mit Spanien (1962), der Türkei (1964) und Jugoslawien (1965/66) geschlossen und in den jeweiligen Hauptstädten Büros eingerichtet, um „Gastarbeiter*innen“ anzuwerben. Erfolgreich war vor allem die Einigung mit Jugoslawien, woher 78 Prozent der „ausländischen“ Beschäftigten kamen.¹⁹

Der Anteil der nichtnationalisierten Arbeitskräfte stieg in Folge stetig an. In Wien waren 11,5 Prozent der Beschäftigten „Gastarbeiter*innen“, in Vorarlberg sogar 23 Prozent. Rund ein Drittel der nichtnationalisierten Arbeitskräfte waren Frauen. Der Ausbildungsgrad war in den meisten Fällen sehr niedrig. 85 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen waren un- und angelernte Arbeiter*innen²⁰ und verrichteten vor allem Arbeiten im Billiglohnsektor: bei Textilunternehmen, Baufirmen und im Gastgewerbe. Charakteristisch waren schlechte Arbeitsverhältnisse, Schichtarbeit und saisonale Arbeitslosigkeit.²¹

Die Folgen der Beschäftigung von „Gastarbeiter*innen“ in Österreich stellten sich rasch ein: Die Gewinne der Unternehmen stiegen, gleichzeitig sanken die Löhne der Hilfs- und Anlernarbeiter*innen. Die schlechten Arbeitsbedingungen für die Niedriglohnbranche blieben bestehen, da technische Erneuerungen und organisatorische Maßnahmen aus Kostengründen nicht getätigt wurden.²² Dies führte zur Unterschichtung des Arbeitsmarktes durch ein Segment niedrig entlohnter „Gastarbeiter*innen“, die im Durchschnitt weniger verdienten als österreichische Staatsbürger*innen. Vorteile hingegen gab es für Facharbeiter*innen und Angestellte, also zumeist für österreichische Beschäftigte.²³

Politisch wurden „Gastarbeiter*innen“ weiterhin nicht wahrgenommen. Zwar gab es Stellungnahmen und einzelne Forderungen von Politiker*innen, doch fand das Thema „Ausländerbeschäftigung“ keinen Eingang in Regierungserklärungen und Parteiprogramme. Die Ausländerpolitik spielte im politisch-öffentlichen Diskurs keine Rolle, die „Gastarbeiter*innen“ wurden auf den Warenwert ihrer Arbeit reduziert und nicht im Verantwortungsbereich einer nationalstaatlichen Politik gesehen.²⁴ Infolgedessen wurde die Arbeit der Sozialpartner nur durch diese selbst und die Divergenzen zwischen ÖGB und BWK kontrolliert.²⁵

17 Eine spezielle österreichische Form einer korporatistischen Vereinigung von Arbeitnehmer*innen und -geber*innen, hauptsächlich des Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und der Wirtschaftskammer (BWK, heute WKÖ).

18 Gächter, Migrationspolitik, S. 2–3.

19 Zur Methodik der Rekrutierung der „Gastarbeiter*innen“ und den gelebten Vorurteilen siehe: Vida Bakondy, „Austria Attractive for Guest Workers?“ Recruitment of Immigrant Labor in Austria in the 1960s and 1970s, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.), Migration in Austria (Contemporary Austrian Studies 26), New Orleans-Innsbruck 2017, S. 113–139, hier S. 126–130.

20 Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985, S. 173.

21 Bakondy, „Austria Attractive for Guest Workers?“, S. 115.

22 Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985, S. 176.

23 Grösel, Fremde von Staats wegen, S. 60–61.

24 Ebd., S. 58.

25 Matuschek, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985, S. 180–182.

Ein Aufleben des Diskurses und eine Politisierung des Themas begann erst 1973. Dieses Jahr stellte nicht nur den Höhepunkt der „Gastarbeiter*innen“-Beschäftigung dar, zur selben Zeit stieß auch das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit an seine Expansionsgrenzen. Das Wachstum in den Industrieländern ging zurück. Daraus resultierend wurde in den westeuropäischen, kapitalistischen Ländern die aktive Rekrutierung von „Gastarbeiter*innen“ beendet. Viele Länder bemühten sich ab 1973 sogar um einen „Gastarbeiterstopp“.²⁶ Im Folgenden wird nun der 1973 auflebende mediale Diskurs in Österreich mit Hilfe einer historischen Netzwerkanalyse untersucht.

3. Quellen und Methodik

Die historische Netzwerkforschung ermöglicht durch eine visuelle Darstellung einen einfachen Zugang zu komplexen Netzwerken und stellt sowohl eine empirische Methode als auch einen theoretischen Überbau dar. Wichtige Grundvoraussetzung für die historische Netzwerkanalyse ist das Verständnis des Netzwerkes als hochkomplexes, multidimensionales Gebilde, das selten greifbar und in all seinen Facetten nicht zu erheben ist. Um sich nicht im Netzwerk zu verlieren, ist eine konkrete Fragestellung essentiell, anhand derer systematisch Informationen aus den Quellen extrahiert werden können. Die vielen Einzelinformationen müssen in einem weiteren Schritt in eine geordnete Form gebracht werden, um die Nachvollziehbarkeit für Rezipient*innen gewährleisten zu können.²⁷ Dies kann vor allem mittels einer Visualisierung vollzogen werden: Die ausgewerteten Daten werden als Knoten und die Verbindungen als Kanten dargestellt und in Beziehung zueinander gesetzt (siehe dazu beispielhaft Abbildungen 3 und 4).²⁸ Um anhand der Fragestellung die Daten zu erheben und zu analysieren, gibt es keine allgemein gültige Strategie. Die Vorgehensweise und Operationalisierung muss für eine historische Netzwerkanalyse stets anhand der vorhandenen Quellen entwickelt werden. Die Maßstäbe zur Überführung der Quelleninhalte in quantitative Daten bilden den Kern der Analyse, wirken sich aber gleichzeitig auf die Untersuchungsergebnisse aus. Netzwerkdaten dürfen keinesfalls absolut betrachtet werden. Durch die Überführung der Quelleninhalte in Daten gehen viele Aspekte der Quelle verloren, denn nur diejenigen Aspekte werden ermittelt, die zur Beantwortung der Fragestellung notwendig sind. Darüber hinaus stellt die Kategorisierung der Daten einen subjektiven Vorgang der Autor*innen dar.²⁹ Demnach ist für die Nachvollziehbarkeit der historischen Netzwerkanalyse die Offenlegung der Kriterien der Datenerhebung entscheidend und soll im Folgenden für die vorliegende Netzwerkanalyse unternommen werden.

26 Grösel, *Fremde von Staats wegen*, S. 64.

27 Matthias Bixler/Daniel Reupke, *Von Quellen zu Netzwerken*, in: Marten Düring/Ulrich Eumann/Martin Stark/Linda von Keyserlingk (Hrsg.), *Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen*, Berlin 2016, S. 101–122, hier S. 103–104.

28 Marten Düring/Ulrich Eumann, *Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in der Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39 (2003), Heft 3, S. 369–390, hier S. 379.

29 Ebd.

In der folgenden historischen Netzwerkanalyse bilden drei auflagenstarke Tageszeitungen, die in Österreich erschienen, das Quellenkorpus. „Die Presse“, gegründet 1848, ist im bürgerlich-liberalen/konservativen Bereich zu verorten. Der „Kurier“ wurde in der Nachkriegszeit gegründet und ist dem liberalen Sektor zuzuordnen.³⁰ Diese beiden Zeitungen konnten in der Österreichischen Nationalbibliothek eingesehen werden. Die „Arbeiter-Zeitung“ hingegen ist online abrufbar.³¹ Sie wurde 1889 von Victor Adler als sozialistisches Zentralorgan gegründet und war ab 1945 bis zur Einstellung 1989 Parteizeitung der SPÖ.³² Insgesamt wurden für das Jahr 1973 199 Artikel gefunden und ausgewertet, die sich mit dem Thema „Gastarbeiter*innen“ auseinandersetzten.³³ Davon stammen 83 aus dem „Kurier“, 62 aus der „Arbeiter-Zeitung“ und 54 aus der „Presse“.

Zunächst wurden die Zeitungsartikel nach Zeitung und Erscheinungsmonat codiert und im MS-Office Programm Excel eingetragen. In einem weiteren Schritt wurden alle Artikel einem von 13 Themengebieten zugeordnet.³⁴ Diese wurden im Vorhinein vom Autor der Arbeit so festgelegt, dass alle Artikel repräsentiert sind und gleichzeitig in eine übergeordnete Struktur gebracht werden können. Die Themengebiete beziehen sich dabei entweder auf die Aussage eines Artikels, zum Beispiel bei Kommentaren oder Leserbriefen, oder auf die Beschreibung eines Geschehnisses bzw. eine Darstellung. Die Themengebiete, nach denen die Artikel sortiert wurden, sind:

- **Unterstützung:** Artikel, in denen darüber berichtet wird, dass „Gastarbeiter*innen“ in irgendeiner Form Unterstützung erfahren, zum Beispiel durch NGOs, Unternehmen oder private Helfer*innen.
- **Diskriminierung/Fremdenfeindlichkeit:** Artikel, in denen „Gastarbeiter*innen“ diskriminiert werden oder Artikel, die über Diskriminierung berichten.
- **Statistik:** Artikel, die über neue Statistiken rund um „Gastarbeiter*innen“ berichten.
- **Kriminalität:** Artikel über Kriminalität von oder gegenüber „Gastarbeiter*innen“.
- **Jugoslawische Politik:** Artikel über die Politik des Staates Jugoslawien betreffend „Gastarbeiter*innen“.
- **Gastarbeiter*innen-Quartiere (GA-Quartiere):** Artikel, die sich mit den Wohnquartieren und Wohnverhältnissen von „Gastarbeiter*innen“ beschäftigen.

30 Eurotopics, *Die Presse*, o. D., [<https://www.eurotopics.net/de/148502/die-presse>], eingesehen 29.7.2019; Eurotopics, *Kurier*, o. D., [<https://www.eurotopics.net/de/148660/kurier#>], eingesehen 29.7.2019.

31 *Arbeiter-Zeitung*, [<http://www.arbeiter-zeitung.at/>], eingesehen 29.7.2019.

32 Ebd.

33 Zum Finden der Artikel wurden alle drei Tageszeitungen systematisch Tag für Tag nach entsprechenden Berichten, die sich in irgendeiner Form mit „Gastarbeiter*innen“ beschäftigen, durchsucht.

34 Viele Artikel widmen sich diversen Teilaspekten und könnten daher mehreren Themengebieten zugeordnet werden. Da dies für die Analyse jedoch nicht möglich ist, wurde jeweils das für den Autor als zentral ersichtliche Thema ausgewählt.

- **Gegen Diskriminierung:** Artikel, in denen für ein gesellschaftliches Miteinander ohne Diskriminierung und ohne Vorurteile plädiert wird.
- **Gastarbeiterreduzierung:** Artikel, in denen darüber berichtet wird, dass sich eine Person/Gruppe für eine Reduzierung von „Gastarbeiter*innen“ in Österreich ausspricht bzw. Kommentare und Leserbriefe, die eine solche Reduzierung fordern.
- **Gastarbeiter*innen in anderen Ländern (GA in anderen Ländern):** Artikel, in denen über „Gastarbeiter*innen“ in anderen Ländern berichtet wird.
- **Gastarbeiter*innen illegal (GA illegal):** Artikel, in denen über illegal einreisende „Gastarbeiter*innen“ berichtet wird.
- **Für Weiterbeschäftigung:** Artikel, in denen darüber berichtet wird, dass sich eine Person/Gruppe für eine Weiterbeschäftigung von „Gastarbeiter*innen“ in Österreich ausspricht bzw. Kommentare und Leserbriefe, die eine solche Weiterbeschäftigung fordern bzw. für die Vorteile der „Gastarbeiter*innen“-Beschäftigung argumentieren.
- **Politik gesamt:** Artikel, die sich mit Politik bezüglich „Gastarbeiter*innen“ auseinandersetzen. Zur besseren Übersicht wurde dieses Themengebiet in die Unterpunkte Wahlrecht, Staatsbürgerschaft, Familienbeihilfe, Steuern, Debatte, Wahlkampf, Forderung nach Gesetzen unterteilt.
- **Sonstiges:** Artikel, die keinem Themengebiet zuordenbar waren.

Neben der Einteilung in Themengebiete wurden die Artikel in einem nächsten Schritt nach Akteur*innen und deren Forderungen durchsucht. Dazu wurden die Artikel wiederum in eine Excel-Tabelle eingetragen. Artikel, in denen kein*e Akteur*in gefunden wurde, wurden nicht in die Liste aufgenommen. Die restlichen Beiträge wurden nach Akteur*innen durchsucht und deren Meinung, Forderung, Handlung etc. notiert. So wurde unter anderem festgelegt, wer Unterstützung für „Gastarbeiter*innen“ bot, welche Forderungen politische Parteien oder Interessensvertretungen stellten und welche Akteur*innen gegen oder für eine Reduzierung der „Gastarbeiter*innen“ auftraten.

Die Daten, die in beiden Tabellen gewonnen wurden, wurden in einem nächsten Schritt mit dem online verfügbaren Open-Source-Programm „Palladio“, welches von den Stanford University Libraries entwickelt wurde, visualisiert.³⁵ Aus der Visualisierung entstanden zwei zentrale Abbildungen: In Abbildung 3 ist sichtbar, welche Akteur*innen mit welchen Themengebieten in Verbindung stehen. Die Abbildung 4 dagegen zeigt den Zusammenhang zwischen den Zeitungen und den Themengebieten. Aufgrund der beschränkten Anwendungs- und Visualisierungsmöglichkeiten des Programmes wurden die Daten zusätzlich statistisch ausgewertet und in Grafiken visualisiert.

35 Palladio, [<https://hdlab.stanford.edu/palladio/>], eingesehen 29.7.2019.

4. Historische Netzwerkanalyse

Klar festgestellt werden kann die Verteilung der Artikel auf die verschiedenen Monate: Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, erschienen die meisten Artikel im September 1973. 49 Artikel, also rund 25 Prozent aller 1973 erschienenen Beiträge, entstammen diesem Monat. Des Weiteren lässt sich aus Abbildung 1 erschließen, dass in den Herbst- und Wintermonaten tendenziell mehr Artikel erschienen als im Frühjahr und Sommer. Dass vor allem der September 1973 einen Publikationshöhepunkt bildete, lag unter anderem an der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 1973. Im Zuge des Wahlkampfes wurde von mehreren Seiten beteuert, das Thema nicht in den Wahlkampf aufzunehmen, denn „bei einem so emotionsgeladenen Thema [könne] auch eine noch so besonnene Erklärung zum Funken im Pulverfaß werden“³⁶. Nichtsdestotrotz spielte das Thema in den Kampagnen eine wesentliche Rolle: Insgesamt sieben der 49 Artikel im September beschäftigen sich mit der Ex- bzw. Inkludierung des Themas „Gastarbeiter*innen“ im Wahlkampf.

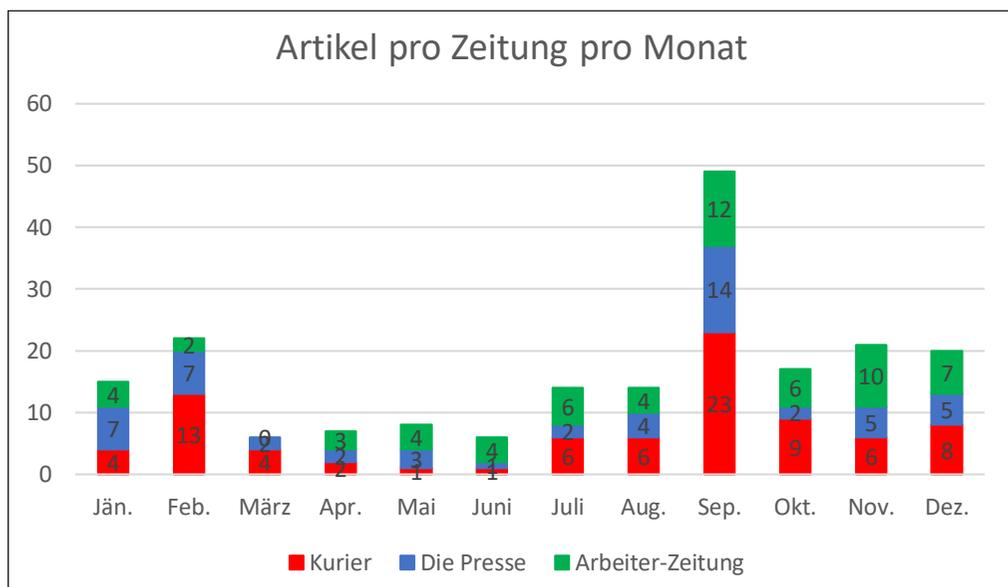


Abbildung 1: Diagramm zur Verteilung der Artikel auf Monate und Zeitungen

Das meistbehandelte Thema war die „Gastarbeiterreduzierung“ mit 22 Artikeln, also 11 Prozent aller Artikel (siehe Abbildung 2). 19 davon erschienen von September bis Dezember.

Thema	Anzahl an Artikeln 1973 (insgesamt 199 Artikel)	in Prozent
Gastarbeiterreduzierung	22	11,06
Politik	21	10,55
Unterstützung	19	9,55
Diskriminierung	18	9,05
Statistik	18	9,05
Für Weiterbeschäftigung	18	9,05
Jugoslawische Politik	17	8,54
Sonstiges	17	8,54
GA in anderen Ländern	16	8,04
Gegen Diskriminierung	14	7,04
GA-Quartiere	9	4,52
Kriminalität	7	3,52
GA illegal	3	1,51

Abbildung 2: Anzahl der Artikel zum jeweiligen Thema

Gefordert wurde die „Gastarbeiterreduzierung“ von diversen Akteur*innen. Ersichtlich wird dies in Abbildung 3: Während die hellen Knoten die Akteur*innen darstellen, stehen die dunklen Knoten für die Themen. Die Kanten (Linien zwischen den Knoten) zeigen eine direkte Verbindung zwischen Akteur*innen und Themen auf. Werden die Kanten betrachtet, die zu dem dunklen Knoten „Gastarbeiterreduzierung“ führen, lässt sich erkennen, welche Akteur*innen die Reduzierung der nichtnationalisierten Arbeitskräfte forderten. Aus der Abbildung wird ersichtlich, dass sich neben der FPÖ auch die SPÖ und ÖVP-Landespartei in Vorarlberg für eine „Eindämmung“ der „Gastarbeiter*innen“ aussprachen. Des Weiteren forderten Akteur*innen aus anderen westeuropäischen Staaten (z. B. Schweiz und BRD), aber auch Autor*innen von Leserbriefen und Kommentaren eine Reduzierung. Der Gewerkschaftsbund ÖGB verlangte sogar einen vollkommenen „Gastarbeiterstopp“, wie er in der BRD mit Jahresende 1973 vollzogen wurde.

Des Weiteren sprach sich der Gewerkschaftsbund für Gesetze für nichtnationalisierte Arbeitskräfte aus und stellte sich gegen den Erwerb der Staatsbürgerschaft für „ausländische“ Arbeiter*innen. Disparat waren Stellungnahmen der SPÖ und des Bundeskanzlers Bruno Kreisky: In Statements forderten sie einerseits eine Weiterbeschäftigung der „Gastarbeiter*innen“, andererseits einen völligen „Gastarbeiterstopp“.³⁷ Öffentlich wahrgenommen wurde vor allem Kreiskys Aussage, der Plafond an „Gastarbeiter*innen“ sei erreicht.³⁸ Damit gab er ab September 1973 der Bundes-SPÖ eine neue Linie vor, indem er argumentierte, „Gastarbeiter*innen“ sollten zwar nicht ausgewiesen werden, „allerdings werde man bemüht sein, das Problem der illegalen Gastarbeiter durch ver-

37 Klar zu erkennen ist dies in Abbildung 3.

38 U. a. in: *Kurier*, 8.9.1973.

schärfte Kontrollen und eine entsprechende Gesetzgebung zu lösen³⁹. Laut Kreisky sollte so das Elend der „ausländischen“ Arbeiter*innen verringert werden. Kommentare im „Kurier“ und in der „Presse“ sahen in diesem Vorgehen jedoch weniger sozialdemokratische Politik, sondern vielmehr eine Position ähnlich jener der FPÖ.⁴⁰

Fast genauso viele Artikel, nämlich 18, berichteten über Forderungen zur Weiterbeschäftigung (statt einer Reduzierung) der nichtnationalisierten Arbeitskräfte. Auch dieses Thema spielte ab September eine Rolle und wurde in den Zeitungen breit diskutiert. Dahingehende Statements kamen vor allem aus der Wirtschaft: Die Industriellenvereinigung, die Bundeskammer für Wirtschaft, die Handelskammer Wien sowie Wirtschaftsexpert*innen sprachen sich konsequent für den Verbleib der „Gastarbeiter*innen“ aus, was sich durch die aus der „Ausländer“-Beschäftigung resultierenden Gewinne für die Wirtschaft erklären lässt. Neben einschlägigen Kommentaren in der „Presse“ und „Arbeiter-Zeitung“ befürwortete auch die SPÖ in einigen Presseaussendungen die weitere Beschäftigung der „Ausländer“. Federführend war hier vor allem Leopold Gratz, seit Sommer 1973 Wiener Bürgermeister. Neben der Weiterbeschäftigung forderte er auch ein restriktives Vorgehen gegen Elendsquartiere und gegen die Ausbeutung von Arbeiter*innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft.

Politisch wurde neben den konträren Forderungen nach einer „Gastarbeiterreduzierung“ bzw. Weiterbeschäftigung das Thema „Ausländerbeschäftigung“ auch in anderer Form erörtert. 21 Artikel beschäftigten sich mit der politischen Auseinandersetzung zum Thema. Vor allem das Thema Wahlkampf bzw. das Aufgreifen des Themas „Gastarbeiter*innen“ im Wahlkampf wurde, wie bereits erwähnt, im September ausführlich diskutiert. Des Weiteren gab es insgesamt fünf Artikel zum Thema Wahlrecht. Hier war vor allem eine Diskussion über das aktive und passive Wahlrecht bei den Arbeiterkammerwahlen von zentraler Bedeutung. Für das Wahlrecht sprachen sich vor allem die SPÖ, aber auch der katholische Bundesjugendring aus. Dagegen stellten sich die ÖVP und die FPÖ. Der Nationalratsabgeordnete Werner Suppan (ÖVP) warf der Sozialdemokratie sogar vor, die „Gastarbeiter*innen“ als „Stimmvieh“ für eigene Zwecke einspannen zu wollen.⁴¹ Andere Themengebiete wie eine „Kopfsteuer“ für „Gastarbeiter*innen“, eine Forderung aus Vorarlberg, und die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft, was vor allem die SPÖ forderte, wurden nur am Rande behandelt.

Gelegentlich erfuhren „Gastarbeiter*innen“ Unterstützung durch Privatpersonen, NGOs und Unternehmen. 19 Artikel hatten verschiedenste Formen der Unterstützung zum Inhalt. Häufig im Fokus war der Wiener Zuwanderungsfonds: Dieser installierte unter anderem einen Tonbandnachrichtendienst auf Serbokroatisch⁴² oder lud „Gastarbeiter*innen“ und deren Kinder zu kostenlosen Theatervorstellungen ein.⁴³

39 *Kurier*, 2.12.1973.

40 *Kurier*, 8.9.1973; *Die Presse*, 28.8.1973.

41 *Die Presse*, 4.7.1973.

42 *Kurier*, 29.3.1973.

43 *Kurier*, 19.12.1973.

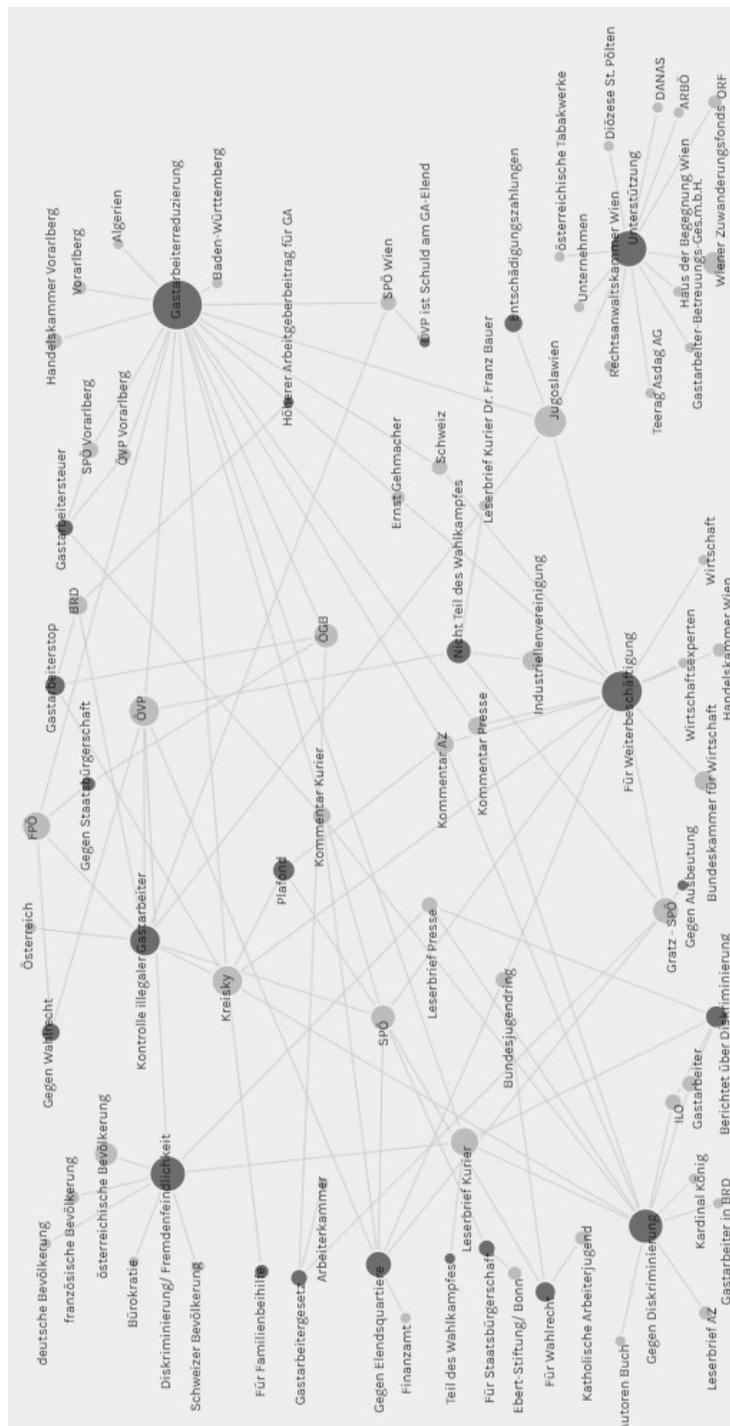


Abbildung 3: Grafik Palladio, Thema (dunkle Knoten) – Akteur*innen (helle Knoten): Anhand der Abbildung wird ersichtlich, welche Akteur*innen mit welchen Themengebieten in Verbindung stehen. Je größer ein Knoten dargestellt ist, desto relevanter war das Thema in der medialen Berichterstattung bzw. desto öfter wurde ein* Akteur*in genannt.

Darüber hinaus erschienen Artikel über Sprachkurse für Kinder⁴⁴ und Zeitungen für „Gastarbeiter*innen“ auf Serbokroatisch.⁴⁵

Medial präsente Themen waren 1973 sowohl die Diskriminierung von „Gastarbeiter*innen“ mit 18 Artikeln als auch das Auftreten gegen ebendiese Diskriminierung (14 Artikel). In Leserbriefen im „Kurier“ und der „Presse“ sind zum Teil rassistische und fremdenfeindliche Aussagen zu finden: „Heute werden wir an allen Ecken und Enden konfrontiert mit Typen, unrasiert, dreckig, herumlungern [..].“⁴⁶ Ein weiterer Artikel widmete sich der geplanten Ausreise jugoslawischer Krankenschwestern aus Österreich, da diese stärkste Anfeindungen erführen und „als Gesindel verschrien werden“.⁴⁷ Daneben erschienen 1973 diverse Studien, die in den Zeitungen rezipiert wurden und sich mit Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzten. Laut einer Studie von Ernst Gehmacher sprachen sich 1973 90 Prozent der Österreicher*innen gegen einen längerfristigen Verbleib von „Gastarbeiter*innen“ in Österreich aus. 60 Prozent der Befragten waren dafür, dass nichtnationalisierte Arbeitskräfte in eigenen Quartieren leben sollten. 37 Prozent schlossen sogar kategorisch aus, „Gastarbeiter*innen“ als Nachbar*innen haben zu wollen.⁴⁸ Eine weitere Studie bekräftigte ebenfalls die fremdenfeindlichen Tendenzen in der österreichischen Bevölkerung: 42 Prozent der Befragten wären bereit, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, wenn dadurch die „Ausländer“-Beschäftigung überflüssig werden würde. Eine Mehrheit bezeichnete zudem jugoslawische „Gastarbeiter*innen“ als „eher lebhaft, schmutzig und primitiv“⁴⁹. Entgegengesetzt beschäftigten sich 14 Artikel mit einem Vorgehen gegen Diskriminierung. Nicht nur Kardinal König,⁵⁰ sondern auch Kommentarbeiträge in den Zeitungen und Leserbriefe traten gegen eine Diskriminierung der nichtnationalisierten Arbeitskräfte ein.

Nicht überraschend ist der relativ hohe Anteil an Artikeln über die Politik Jugoslawiens, von wo 78 Prozent der „Gastarbeiter*innen“ in Österreich ursprünglich stammten.⁵¹ 17 Beiträge zum Thema lassen sich 1973 finden und erschienen einerseits im Zuge eines Besuches des jugoslawischen Arbeitsministers in Wien,⁵² andererseits bezugnehmend auf Forderungen, die der jugoslawische Staat bezüglich „Gastarbeiter*innen“ stellte. Diese waren inhaltlich vielfältig und reichten von Entschädigungszahlungen über „Gastarbeiterreduzierung“ und Kontrolle illegaler „Gastarbeiter*innen“ bis hin zu Unterstützung und Weiterbeschäftigung. Eine klare politische Richtung des Landes war dabei nicht zu erkennen, vielmehr reagierte Belgrad auf Entwicklungen in den westeuropäischen Staaten und versuchte selbst, Kapital aus den Arbeiter*innen zu schlagen.

Entsprechend der Politik Jugoslawiens war in den Zeitungen auch über die Politik

44 *Arbeiter-Zeitung*, 30.10.1973.

45 *Die Presse*, 26.1.1973.

46 *Kurier*, 15.9.1973.

47 *Kurier*, 27.9.1973.

48 *Die Presse*, 30.1.1973.

49 *Kurier*, 17.2.1973.

50 *Die Presse*, 2.6.1973.

51 Bakondy, „Austria Attractive for Guest Workers?“, S. 115.

52 *Die Presse*, 20.2.1973.

von Zielländern wie Frankreich, der Schweiz und der BRD zu lesen. 16 Artikel beschäftigten sich mit „Gastarbeiter*innen“ in anderen Ländern und thematisierten neben „Gastarbeiter*innen“-Streiks in Frankreich und fremdenfeindlichen Übergriffen in der BRD auch die Verschärfung der Zuwanderungsregelungen in der Schweiz und den „Gastarbeiterstopp“ in einigen westeuropäischen Ländern.

Neben den bisher beschriebenen größeren Themenblöcken mit mehr als zehn Artikeln wurde des Weiteren vereinzelt über die Wohnsituation der nichtnationalisierten Arbeitskräfte und die sogenannten Elendsquartiere (neun Artikel), über die Kriminalität von und vor allem gegenüber „Gastarbeiter*innen“ (sieben Artikel) und über den Zuzug illegaler Einreisender mit Touristenvisen (drei Artikel) diskutiert. Darüber hinaus erschienen 17 Artikel, die keinem Themenblock zuordenbar waren, in 18 Artikeln wurden Statistiken präsentiert. Diese informierten die Leser*innen unter anderem über den Anteil der „Gastarbeiter*innen“ pro Bundesland, den Anteil der Kinder von „Gastarbeiter*innen“ in Schulen und über die Anzahl der „Gastarbeiter*innen“ in Österreich pro Quartal.

Der letzte Teil der Netzwerkanalyse beschäftigt sich mit der Frage, welche Themengebiete (helle Knoten) in welchen Zeitungen (dunkle Knoten) behandelt wurden (Abbildung 4). Dabei wird ersichtlich, dass beinahe alle Themengebiete in allen drei Zeitungen vertreten waren. Lediglich einige Unterkategorien des Themenblocks Politik sowie illegal beschäftigte „Gastarbeiter*innen“ fanden nicht in allen Zeitungen Eingang.

Vor allem im „Kurier“ beschäftigen sich einige Artikel sehr ausführlich mit der Politik rund um nichtnationalisierte Arbeitskräfte und dabei vor allem mit dem Wahlkampf. Über 16 Prozent der Beiträge des „Kuriers“ sind diesem Themenblock zuordenbar. Des Weiteren sind in der Zeitung überdurchschnittlich viele Beiträge zum Thema Diskriminierung (14,5 Prozent) und „Gastarbeiterreduzierung“ (13 Prozent) zu finden. Unterdurchschnittlich wenige Beiträge gab es hingegen zum Thema Weiterbeschäftigung (7 Prozent) und „Gegen Diskriminierung“ (4,8 Prozent), über „Gastarbeiter*innen“ in anderen Ländern (3,6 Prozent) und Kriminalität (1,2 Prozent). Vermehrt Beiträge über die Politik Jugoslawiens und für Weiterbeschäftigung sind in der „Presse“ mit je 12,9 Prozent zu finden. Jeweils 11 Prozent der Artikel lassen sich den Themenblöcken Unterstützung, „Gastarbeiterreduzierung“ und „Gastarbeiter*innen“ in anderen Ländern zuordnen. Im Vergleich zu den anderen Zeitungen gibt es hingegen wenige Artikel zu „Gastarbeiter*innen“-Quartieren (3,7 Prozent) und keinen einzigen zu illegal beschäftigten „Gastarbeiter*innen“. Die „Arbeiter-Zeitung“ setzt sich in ihren Artikeln häufig mit Statistiken auseinander (12,9 Prozent). Darüber hinaus gibt es einige Artikel zum Themenblock gegen Diskriminierung und über „Gastarbeiter*innen“ in anderen Ländern (jeweils 11,29 Prozent) sowie über Kriminalität gegenüber und von „Gastarbeiter*innen“ (6,45 Prozent). Selten hingegen sind Beiträge zu Diskriminierung (3,23 Prozent), „Gastarbeiterreduzierung“ (8,6 Prozent) und Politik (4,84 Prozent). Ein relevanter Unterschied zwischen den Berichterstattungen der jeweiligen Zeitungen ist nicht erkennbar. Eine Interpretation der leichten Tendenzen ist aufgrund der geringfügigen Unterschiede zwischen den untersuchten Printmedien nur mit Vorbehalten möglich.

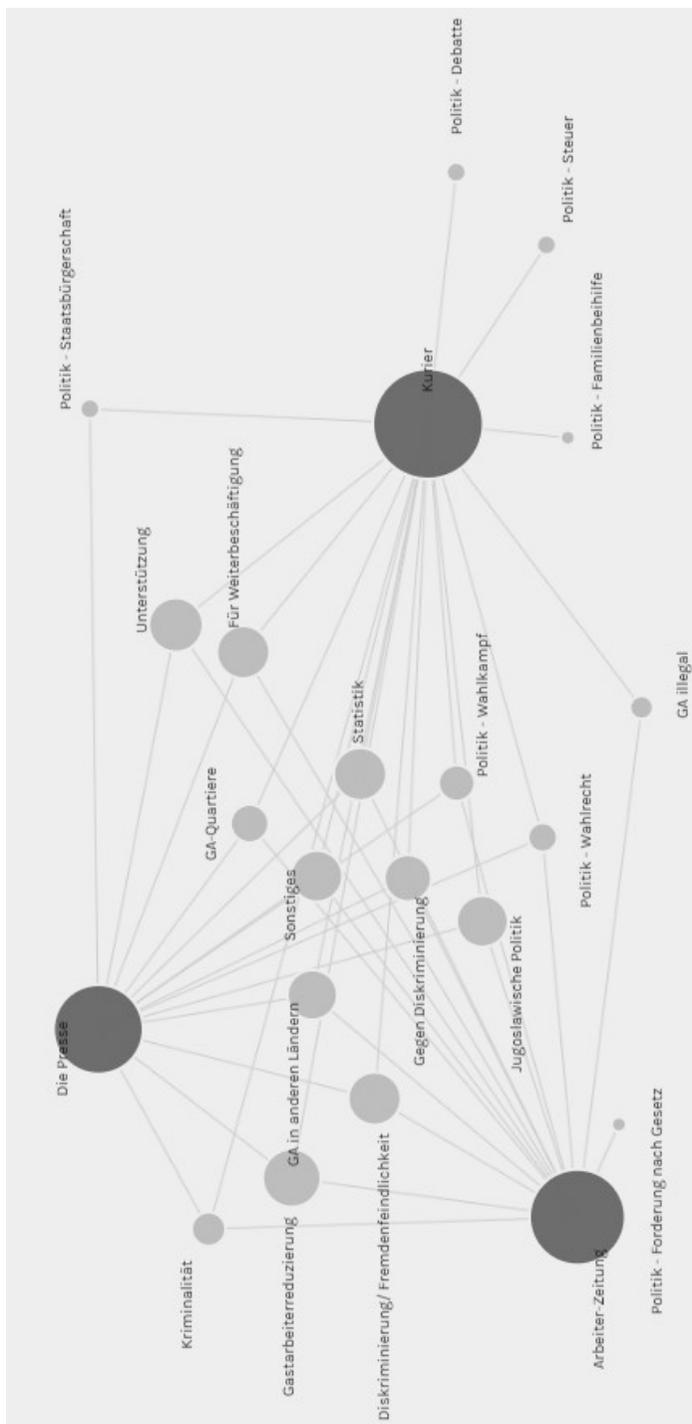


Abbildung 4: Grafik Palladio, Zeitung (dunkle Knoten) – Thema (helle Knoten): Die Abbildung veranschaulicht, welche Themengebiete in welchen Zeitungen behandelt wurden.

5. Fazit

Die „Gastarbeiter*innen“-Beschäftigung stand 1973 an einem Wendepunkt. Es war nicht nur die Höchstzahl der in Österreich beschäftigten nichtnationalisierten Arbeitskräfte erreicht, es endete auch das politische Desinteresse an den „Nicht-Österreicher*innen“ und ein intensiver Diskurs über deren Weiterbeschäftigung begann. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten sind Besonderheiten im Diskurs erkennbar. Ein völliger „Gastarbeiterstopp“ wurde Ende 1973 kaum gefordert, auch die Ölpreiskrise ab Oktober 1973 spielte in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Klar ausgemacht werden kann hingegen, dass der Diskurs seinen Höhepunkt im September 1973 erfuhr. Dies steht in enger Verbindung mit dem Wahlkampf zur Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien im Oktober desselben Jahres. Aber auch danach blieb das Thema „Gastarbeiter*innen“ in den Medien präsent. Es wurde jedoch weniger über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der nichtnationalisierten Arbeitskräfte diskutiert als vielmehr über die Frage, ob sie weiter in Österreich beschäftigt werden sollten. Dabei zeigt sich, dass die Vertretung der Arbeitgeber*innen, die Wirtschaftsvertretung und konservative Personen und Gruppen eher für eine Weiterbeschäftigung plädierten, während Arbeitnehmer*innenverbände, die SPÖ, Kanzler Kreisky und vor allem der ÖGB für eine Reduzierung der „Gastarbeiter*innen“ eintraten. Die „Gastarbeiter*innen“ selbst waren als Gesprächspartner*innen in der politischen Diskussion nie involviert. Es wurde zwar über Unterstützung für „Gastarbeiter*innen“ berichtet und auch gegen deren Diskriminierung und gegen Fremdenfeindlichkeit argumentiert, jedoch ohne die nichtnationalisierten Arbeitskräfte in der politischen Debatte als einzelne Individuen wahrzunehmen. Bezeichnend ist auch, dass in keinem der 199 Artikel über „Gastarbeiter*innen“ ein*e „Gastarbeiter*in“ selbst zu Wort kam. Viel wichtiger erschien die Frage, was die „Fremden“ den „Österreicher*innen“ bringen bzw. wegnehmen würden. In diesem Sinne wird auch klar, wieso in einem Kommentarartikel der „Presse“ im September verwundert festgestellt wurde: „Gastarbeiter hatten wir gerufen, gekommen sind aber Menschen.“⁵³ Eine weitere Erkenntnis aus der historischen Netzwerkanalyse stellen die schwankenden Meinungen mancher Akteur*innen dar: Sowohl der Staat Jugoslawien als auch die SPÖ und Bundeskanzler Kreisky tendierten von Unterstützung und Weiterbeschäftigung der „Gastarbeiter*innen“ bis hin zu deren Reduzierung. Klar erkennbar ist diese Diskrepanz anhand von Abbildung 3.

Bei den Ergebnissen dieser Arbeit ist jedoch eine kritische Reflexion der Methodik stets miteinzubeziehen. Erscheint die historische Netzwerkanalyse zwar als beinahe naturwissenschaftlich/mathematisch genaue empirische Vorgehensweise, ist doch zu bedenken, dass die Geschichtswissenschaft, egal mit welcher Methodik betrieben, eine Geisteswissenschaft bleibt. Die historische Netzwerkanalyse mit ihren Statistiken und Grafiken liefert zwar genaue Zahlen, die Erstellung der Kategorien und die Interpretation der Ergebnisse bleibt jedoch ein subjektiver Vorgang des Autors und soll auch

53 *Die Presse*, 12.9.1973. Der Ausspruch scheint eine Anlehnung an Max Frisch zu sein, der den Spruch prägte: „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.“ (zum ersten Mal erschienen im Vorwort zu: Alexander Seiler, *Siamo italiani. Die Italiener. Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz*, Zürich 1965).

als solcher verstanden werden. In der vorliegenden Arbeit sollte aufgezeigt werden, wie mithilfe der historischen Netzwerkanalyse ein Quellenbestand untersucht werden kann und verschiedene Zusammenhänge zwischen Themen und Akteur*innen analysiert werden können. So konnten nicht nur Themenschwerpunkte wie die „Gastarbeiterreduzierung“ identifiziert, sondern auch Akteur*innen Themen zugeordnet und Meinungsänderungen aufgezeigt werden.

6. Literatur

Bakondy, Vida, „Austria Attractive for Guest Workers?“ Recruitment of Immigrant Labor in Austria in the 1960s and 1970s, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hrsg.) *Migration in Austria* (Contemporary Austrian Studies 26), New Orleans-Innsbruck 2017, S. 113–139.

Bixler, Matthias/Reupke, Daniel, Von Quellen zu Netzwerken, in: Marten Düring/Ulrich Eumann/Martin Stark/Linda von Keyserlingk (Hrsg.), *Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen*, Berlin 2016, S. 101–122.

Düring, Marten/Eumann, Ulrich, Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39 (2003), Heft 3, S. 369–390.

Eurotopics, *Kurier*, o. D., [<https://www.eurotopics.net/de/148660/kurier#>], eingesehen 29.7.2019.

Eurotopics, *Die Presse*, o. D., [<https://www.eurotopics.net/de/148502/die-presse>], eingesehen 29.7.2019.

Gächter, August, Migrationspolitik in Österreich seit 1945 (Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 12), 10.10.2008, [<https://www.zsi.at/users/153/attach/p1208vukovic.pdf>], eingesehen 25.6.2019.

Grösel, Lisa, *Fremde von Staats wegen. 50 Jahre „Fremdenpolitik“ in Österreich*, Wien 2016.

Kos, Wolfgang, Winken zum Abschied, winken zum Aufbruch, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hrsg.), *Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration* (Sonderausstellung des Wien Museum), Wien 2004, S. 12–16.

Matuschek, Helga, Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft, in: *Journal für Sozialforschung* 25 (1985), Heft 2, S. 159–198.

Mazza, Elisabetta, Ein Ausländer ist ein Ausländer ist ein Ausländer oder Die sprachlichen (Fehl-)Schritte in Richtung Interkulturalität. Deutsche Bezeichnungen für Nicht-Inländer, in: *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht* 2 (1998), Heft 3, [<https://tujournals.ulb.tu-darmstadt.de/index.php/zif/article/view/707/684>], eingesehen 9.7.2019.

Seiler, Alexander, *Siamo italiani. Die Italiener. Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz*, Zürich 1965.

7. Quellen

Arbeiter-Zeitung, 1973.

Die Presse, 1973.

Kurier, 1973.

8. Verwendete Programme

Stanford University, Palladio, [<https://hdlab.stanford.edu/palladio/>].

9. Abbildungen

Abbildung 1: Diagramm zur Verteilung der Artikel auf Monate und Zeitungen

Abbildung 2: Tabelle der Anzahl der Artikel zum jeweiligen Thema

Abbildung 3: Themengebiete und Akteur*innen (erstellt mit Palladio)

Abbildung 4: Themengebiete und Zeitungen (erstellt mit Palladio)

Konrad Pölzl ist Student des Masterstudiums Geschichte an der Universität Innsbruck.
konrad.poelzl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Konrad Pölzl, „Gastarbeiter hatten wir gerufen, gekommen sind aber Menschen.“ Historische Netzwerkanalyse zum medialen Diskurs über „Gastarbeiter*innen“ in österreichischen Tageszeitungen 1973, in: *historia.scribere* 12 (2020), S. 121–138, [<http://historia.scribere.at>], eingesehen 15.6.2020 (=aktuelles Datum).